

## Polizeibewaffnung in Deutschland

Die nachfolgende Chronik stellt nur eine kleine Übersicht dar, die keinerlei Anspruch auf zeitliche, inhaltliche und regionale Vollständigkeit erhebt. Der räumliche Schwerpunkt der Übersicht liegt auf der britischen Besatzungszone und NRW.

### 1780

Berittene Jülicher Landdragoner waren schon um 1780 mit einem Schlagriemen, einem Säbel, zwei Pistolen und einem Karabiner ausgestattet. Pistolen und Karabiner stammten aus der Waffenschmiede Borset in Lüttich.

### 19. Jahrhundert

In den deutschen Ländern existieren nebeneinander zahlreiche, zum Teil sehr personal-schwache städtische Polizeien sowie für die ländlichen Gebiete die deutlich besser ausgebildete und besser organisierte Gendarmerie, die unter militärischer Führung steht, aber polizeiliche Aufgaben wahrnimmt und den kommunalen Polizeien bei Bedarf auch Amtshilfe leistet. Die kommunalen Polizeibeamten ist zumeist nur mit Säbeln bewaffnet. Ab etwa 1900 besteht die Bewaffnung der Schutzleute in den Städten zum Teil auch aus Karabinern. Die Bewaffnung der Gendarmen bestand schon deutlich früher aus Revolvern. Dazu wurden allerdings auch noch Säbel mitgeführt.

### 1918 – 1933

Die Polizei wird spätestens mit Beginn der Weimarer Republik mit Handgranaten, Maschinengewehren und leichten Panzern ausgestattet, um bei größeren Aufständen ausreichend bewaffnet zu sein.

### 1934 – 1945

Die serienstarken Standardpistolen der Wehrmacht werden in dieser Zeit auch als Dienstpistolen der Polizei im Deutschen Reich verwendet. Es handelt sich um Fabrikate der Mauser-, Walther- und Sauer & Sohn-Werke. Alleine die Fa. Mauser lieferte an das Innenministerium für die Polizei zwischen 1935 und 1942 insgesamt 30.000 Pistolen. Aus der Zeit des Dritten Reiches stammen aus den Beständen der Fa. Walther auch die Polizeiwaffen Walther PP (für „Polizeipistole“) und Walther PPK („Polizeipistole Kriminal“). Die schon 1929 entwickelte Walther PP besaß ein Kaliber von 9 mm, die Walther PPK ein Kaliber von 7,65 mm. Beide Waffen wurden noch bis in die 70er Jahre in modifizierter Form bei der Polizei in NRW benutzt. Für die Polizei werden ab 1945 für geraume Zeit auch Fund- und Beutewaffen unterschiedlichster Fabrikate ausgegeben.

### 1945

Die Polizei in der britischen Besatzungszone darf zunächst keine Schusswaffen, sondern nur Holzknüppel als Bewaffnung führen.

Nach einigen Monaten wird diese Beschränkung aufgehoben und es werden für die Polizeireviere, nicht aber für die einzelnen Beamten, Revolver ausgegeben. Die Waffen müssen in den Wachen gelagert werden, dürfen nicht auf die Streife mitgenommen, sondern nur bei besonderen Anlässen (besondere, akute Gefahrenlage) ausgegeben werden. Die Waffen reichen zunächst nur für 20 % der Beamten. Die „Technical Instruction No. 11“ der britischen Militärregierung sieht zur Bewaffnung der Polizei vor, dass Schusswaffen nicht zur Standardausrüstung der Beamten gehören. Sie werden nur im Nachtdienst und bei besonderen Einsätzen getragen. Die Munition ist auf fünf Patronen abgezählt, ihr Verbrauch ist durch den Public Safety Officer der Alliierten aufs Schärfste zu kontrollieren. Die Vorschrift stößt früh auf Kritik, weil viele Polizeiführer der Meinung sind, dass man damit gewalttätiger „Displaced Persons“, der freigelassenen Zwangsarbeiter, nicht Herr wird.

Ab Ende 1945 werden an einzelne Polizeibehörden in NRW auch 1948 Karabiner 98k und englische Gewehre des Typs Enfield 303 ausgegeben.

### 1949

Die Kriminalpolizei wird mit Pistolen des Typs FN 7,65 Millimeter aus belgischer Fertigung ausgestattet. Die zuvor ausgegebenen Trommelrevolver der Marke Smith & Wesson hatten sich wegen ihrer Größe und ihres Gewichts als ungeeignet erwiesen. Sie waren wegen ihres Volumens nicht verdeckt zu tragen.

### 1962

Im Gesetz über die Ausübung unmittelbaren Zwangs (UZwG) wird explizit der Einsatz von Handgranaten gegen Störer geregelt. Die Handgranaten dürfen nur gegen solche Personen eingesetzt werden, die selbst von Schusswaffen oder Explosivmitteln Gebrauch gemacht haben.

### 1950

Die NRW-Polizei wird mit 9500 Revolvern Smith & Wesson (Kal. 9 mm), 2000 Remington-Pistolen (Kal. 11,7 mm) und 1025 FN-Pistolen (belgisches Fabrikat) des Kalibers 7,65 mm ausgestattet.

### 1959

Die Umstellung der NRW-Bereitschaftspolizei vom Karabiner 98k auf automatische Schnellfeuergewehre (Bezeichnung G1) wird abgeschlossen. Das neue Polizeigewehr hat eine Ma-

gazinkapazität von 20 Schuss. Seit 1956 waren bereits beim Bundesgrenzschutz diese Gewehre flächendeckend eingeführt worden.

### **1966**

Die 9 mm-FN-Pistole der Schutzpolizei wird durch die schon vor dem zweiten Weltkrieg verwendeten Pistolen Walther PPK (7,65 mm) ersetzt. Die Walther PPK ist allerdings gegenüber dem alten Modell überarbeitet. Sie wird in NRW nun flächendeckend verwendet.

### **1971**

Die Maschinenpistole MP 5 von Heckler & Koch wird in NRW eingeführt. Einige andere Bundesländer haben sich für andere MP-Modelle, etwa die UZI, entschieden. Die neue MP wird sowohl im Einzeldienst wie auch bei den Alarmeinheiten verwendet. Die MP 5 kann Magazine mit bis zu 30 Schuss aufnehmen.

### **1973**

Vom NRW-Innenministerium ergeht eine Bestellung von 600 Gewehren des Typs G3 an den Waffenhersteller Heckler & Koch.

### **1976**

Die nordrhein-westfälische Polizei führt die „Chemische Keule“, Chemical Mace, das sogenannte Tränengas ein. Bis auf Berlin verfügen nun alle Bundesländer über Tränengas. Im Landtag entbrennt ein heftiger Streit über mögliche krebserregende Stoffe in der Chemikalie.

Ein Arbeitskreis der Innenministerkonferenz prüft neue, humane Polizeiwaffen auf ihre Verwendbarkeit für die deutschen Länderpolizeien. Jedoch wird keine der Waffen, die überwiegend aus dem USA stammen, für deutsche Zwecke für tauglich erachtet. Geprüft wurde u. a. ein Schermuly-Gewehr, das mit Gummigeschossen Rädelsführer von Störergruppen untauglich machen soll, ohne sie ernsthaft zu verletzen. Das Gewehr wird jedoch wegen seiner unkontrollierten Streuung für unbrauchbar erklärt. Für ungeeignet gehalten werden auch eine Remington-Pump-Flinte, die Kunststoffschrote verschießt, ein Schießstock, der verschiedene Munitionsarten verschießen kann, ein Gewehr mit Pfeilmunition, ein Lichtwerfer „Photic-Driver“, der vorübergehende Funktionsstörungen im menschlichen Hirn verursachen soll, Narkosepfeilgewehre, eine Beweisfarbenpistole, mit der flüchtende Personen und Fahrzeuge farblich gekennzeichnet werden sollen, ein Schlagstock mit eingebautem Pfefferspraygerät sowie diverse Reizstoffgeräte.

## 1978/79

Als neue Polizeipistole wird in Nachfolge der Walther PPK bei mehreren Länderpolizeien, u. a. NRW, die Pistole Sig Sauer 225 (Polizeibezeichnung P6) eingeführt. Es handelt sich um eine Waffe des Kalibers 9 mm. Die kleinere Vorgängerpistole hatte sich in vielen Fällen als nicht ausreichend mannstoppend erwiesen, so dass sich Polizeibeamte zum Teil auch nach mehreren Treffern gegen Angreifer noch einem handlungsfähigen Aggressor gegenüber sahen.

## 1980

Maschinengewehre und Handgranaten als Polizeiwaffen werden abgeschafft. Das bestimmt das in diesem Jahr in Kraft getretene Polizeigesetz. Ungeregelt bleibt nach wie vor der finale (tödliche) Rettungsschuss. Schon seit dem 70er Jahren war in der Öffentlichkeit, aber auch in der Polizei, eine breite Diskussion aufgekommen, ob Handgranaten noch eine Waffe einer modernen Polizei sein könne. Die Konsequenz aus dieser Diskussion war schließlich die Abschaffung der Handgranaten.

## 2004 – 2009

Die nordrhein-westfälische Polizei stellt ihre Dienstpistolen sukzessive von der bisherigen P6 auf die neue Pistole Walther P 99 (9 mm) um.

## 2000

Die **Reizstoffsprüngeräte**, die bisher mit CN-Gas gefüllt waren, werden nun mit Pfeffer-Extrakt befüllt. Bei den CN-Ladungen, die seit Beginn der 80er Jahre eingesetzt wurden, vergaste die Füllung nach dem Auftreffen. Dies führte dazu, dass nicht nur bei dem Getroffenen, sondern auch bei den eingesetzten Polizeibeamten Atemwegs- und Augenreizungen auftreten konnten. Gerade beim Transport von Festgenommenen, die mit CN beschossen worden waren, wirkte sich dies sehr nachteilig aus. Bei den neuen Ladungen, die aus Chayenne- oder Chilipfeffer bestehen, besteht diese Gefahr nicht.

## 2011

Die Streifenbeamten in NRW werden mit 9000 Einsatzmehrzweckstöcken ausgestattet. Das sind Teleskopschlagstöcke, die sowohl zum Schlagen wie auch zum Schutz der Beamten eingesetzt werden können. Die Bezeichnung der Waffe ist EMS-A (Einsatzmehrzweckstock ausziehbar).

### **2021**

Innenminister Reul kündigt an, dass 2020 zunächst die fünf größten Polizeibehörden in NRW, Köln, Düsseldorf, Dortmund, Duisburg und Essen sowie Gelsenkirchen und der Rhein-Erft-Kreis mit Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG) ausgestattet werden sollen. Vorausgegangen war eine langjährige Diskussion um den Nutzen und die Gefahren dieser Elektroschockwaffe.